



Bericht aus Berlin

12 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

In ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel mahnte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag eine gemeinsame Linie der Mitgliedstaaten an, um die notwendigen Voraussetzungen für Wachstum in Europa zu schaffen. In einem zweiten Schritt müsse man verbindliche Verabredungen zwischen den EU-Staaten und der Europäischen Kommission treffen, um konkrete Schritte einzuleiten. Diese wiederum müssten von den nationalen Parlamenten gebilligt werden, sagte sie. „In diesem Zusammenhang halte ich einen an enge Bedingungen geknüpften Solidaritätsmechanismus für denkbar, zum Beispiel in Form eines Fonds für die Euro-Zone.“ Ein solcher Fonds würde dazu dienen, strukturschwachen Euro-Staaten, die sparen müssen, bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu helfen. „Wachstum und Haushaltskonsolidierung sind keine Gegensätze - im Gegenteil, sie bedingen einander“, sagte die Bundeskanzlerin. Deutschland habe dies unter der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten Jahren gezeigt. „Wir können beides: Wachstum und Haushaltskonsolidierung.“ Der Bundeshaushalt 2014 sieht laut Kabinettsentwurf eine „strukturelle Null“ bei der Neuverschuldung vor. Am Ende der großen Koalition hatte das Jahresdefizit noch 50 Milliarden Euro betragen. Die Bilanz der Bundesregierung in den letzten vier Jahren sei positiv, resümierte die Kanzlerin. Die Koalition habe Familien und Unternehmen entlastet, in Bildung und Forschung investiert

sowie den Schuldenberg gedrosselt. Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte unter Verweis auf das Statistische Bundesamt: „Der deutsche Schuldenberg schrumpft.“

Die Neuverschuldung sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, der der christlich-liberalen Koalition vorgeworfen hatte, nicht mit Geld umgehen zu können, forderte Kauder auf, seine Worte „vorsichtig zu wägen“. Gerade bei Steinbrück und der SPD passe gar nichts zusammen. So habe Steinbrück den Plan des früheren französischen Außenministers Robert Schuman gelobt, mit dem 1951 der Grundstein für die europäische Integration gelegt worden war. Damals jedoch sei der sogenannte Schuman-Plan von der SPD vehement ablehnt worden. Über die derzeit horrende Jugendarbeitslosigkeit in Europa macht sich die Kanzlerin ganz besonders Sorgen. Zur deren Bekämpfung haben die Staats- und Regierungschefs sechs Milliarden Euro vorgesehen, die in den Jahren 2014 und 2015 zur Verfügung stehen sollen. Voraussetzung ist jedoch die Einigung mit dem Europaparlament über die mittelfristige Finanzplanung von 2014 bis 2020, die noch aussteht. „Im Dialog mit dem Europäischen Parlament müssen endlich die letzten Hürden überwunden werden“, forderte sie. Die Zeit dränge. Am 3. Juli findet eine Konferenz zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Berlin statt. Dort soll mit den EU-Ländern unter anderem darüber beraten werden, wie die sechs Milliarden sinnvoll eingesetzt werden können.

Wahlkreis...

Derzeit gibt es in Deutschland 299 Wahlkreise, deren Grenzen das Bundeswahlgesetz regelt. Dieses Gesetz nennt auch Kriterien, nach denen eine Wahlkommission – bestehend u.a. aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts – die Wahlkreisgrenzen regelmäßig prüft. Sollte etwa die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um mehr als 25 Prozent abweichen, ist eine Neueinteilung notwendig. Die Wahlkreiskommission erstattet immer zu Beginn einer Legislaturperiode dem Bundesinnenminister Bericht, ob und welche Änderungen der Wahlkreisgrenzen sie für erforderlich hält. Die Entscheidung darüber fällt schließlich der Bundestag.

Nachrichten

Letzte Sitzung der AG Kommunalpolitik



In der letzten Sitzung der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Peter Götz 15 Jahre lang als Vorsitzender zunächst in Bonn und später in Berlin geleitet hat, dankte der stellvertretende Vorsitzende, Alois Karl MdB, dem scheidenden Vorsitzenden Götz im Namen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für sein großes kommunales Engagement. „Wir haben uns in all den Jahren stets wohl und

sehr gut betreut gefühlt,“ so Karl. Der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik gehören weit über 122 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Die AG sorgt mit eigenen Anträgen und Initiativen und bei Initiativen anderer Arbeitsgruppen der Fraktion für die Berücksichtigung der kommunalen Belange in allen Fraktionsgremien, in den Bundestagsausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages. Es war für Peter Götz die letzte Sitzung der AG Kommunalpolitik. Er wird nicht mehr für den Deutschen Bundestag kandidieren.

Wasserprivatisierung vom Tisch

Die EU-Kommission hat am vergangenen Freitag angekündigt, dass die Trinkwasserversorgung aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen werden soll. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz: „Wir begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission, die Trinkwasserversorgung aus den Ausschreibungsregelungen der EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Dies ist ein gutes und wichtiges Signal für unsere Kommunen. Die jetzt angekündigte Lösung geht auch auf massiven politischen Widerstand in Deutschland zurück. Gerade Bundestags- und Europaabgeordnete von CDU und CSU haben sich in den vergangenen Monaten vehement dafür eingesetzt, die Trinkwasserversorgung nicht den allgemeinen Ausschreibungsregelungen zu unterwerfen. Dies hätte nämlich bewährte Versorgungsstrukturen in Deutschland zerschlagen und die erstklassige Qualität der Wasserversorgung gefährdet. Wir freuen uns, dass dieser unermüdliche Einsatz jetzt zu einem guten Ergebnis führt. Wichtig ist, dass den Ankündigungen jetzt schnell Taten folgen, um Planungssicherheit zu schaffen.“

Götz berichtet über die Globale Parlamentariergruppe für Habitat

In dieser Sitzungswoche berichtete Peter Götz im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über sein mehr als 15jähriges Engagement für die Globale Parlamentariergruppe für Habitat (GPH). Die GPH ist eine internationale Parlamentarierorganisation, deren Mitglieder sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung engagieren. Hauptziel der GPH ist die Umsetzung der Habitat-Agenda, welche 1996 auf der Weltausstellungskonferenz in Istanbul (Habitat II) von den Mitgliedsstaaten beschlossen wurde. Seit 2008 ist Peter Götz Weltpräsident der GPH. Er hat das Generalsekretariat von Mexico-City nach Berlin geholt und eine Vielzahl von Konferenzen und Veranstaltungen weltweit organisiert. Zuvor war er von 1996 bis 2008 europäischer Präsident. Die Sprecher aller Fraktionen dankten Peter Götz für sein großes internationales Engagement.



Mehr Informationen finden Sie unter :
http://www.bundestag.de/htdocs_e/bundestag/international/gph/

Daten und Fakten zur Flut

Bereits zum 10. Juni 2013 konnte der Bundesminister des Innern eine bemerkenswerte Bilanz der Hilfe ziehen:

- Zu diesem Zeitpunkt standen mehr als 90.000 freiwillige Helfer von Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk im Einsatz.
- Darüber hinaus beteiligten sich 12.500 Bundeswehrangehörige, deren Zahl in der Spitze über 20.000 Männer und Frauen umfasste. Zusätzlich waren Reservisten der Truppe in allen Landesteilen in den Bezirks- und Verbindungskommandos zu den regionalen Behörden im Einsatz. Zahlreiche Truppenteile bekämpften das Hochwasser auf vielfache Weise. Logistikbataillone, Pioniere, Gebirgsjäger, die Panzertruppe, Heeresflieger oder Einheiten der Luftwaffe waren vielfach zu sehen, auch eher ungewöhnliche Waffengattungen wie etwa U-Boot Besatzungen oder Führungsunterstützungskräfte waren beteiligt. Der Hochwasserschutz war eine Sache der ganzen Truppe.
- Dankbar sind wir auch über die großzügige Hilfe aus befreundeten Staaten wie Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien, die sich mit eigenen Soldaten an den Einsätzen beteiligten.

Das Technische Hilfswerk war seit dem 30. Mai 2013 im Einsatz, die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland profitierte dabei von der umfangreichen technischen Ausstattung des Werkes und der großen Einsatzbereitschaft seiner Freiwilligen. So konnten bundesweit rund 1.800 Fahrzeuge eingesetzt werden, dazu kamen 60 Boote, mit denen das THW auf Flüssen und in überfluteten Gebieten unterwegs war. Bemerkenswert: die vom THW eingesetzten Pumpen hatten eine Kapazität von 1,6 Millionen Liter Wasser pro Minute. Die Dienstleistungen des THW sind umfangreich und decken eine Bandbreite vom Bau von Hochwasserstegen und –schutzwänden bis hin zur Trennung von Schmutzwasser und Heizöl. Wichtig ist auch die Ausstattung des Dienstes zur Notversorgung mit Strom und Trinkwasser, die in den betroffenen Gebieten umfassend nachgefragt wurden. Das THW unterstreicht, dass diese Bilanz noch vorläufig ist – die Gefahr von Deichbrüchen ist in verschiedenen Regionen noch stark erhöht, so dass der Einsatz noch intensiv weitergeführt wird.

Aus den Flutgebieten berichten die Medien auch von einem beherzten Einsatz vieler spontan über die sogenannten Sozialen Medien aktivierter Helfer, deren Zahl sich noch nicht abschätzen lässt. Zahlreiche Hilfswerke und Organisationen leisteten spontan Hilfe, vom Deutschen Roten Kreuz bis hin zum Bund der Deutschen Katholischen Jugend, dessen Mitgliedsverbände zahlreiche Jugendliche zu einer Aktion 72 Stunden im Hochwasserschutz mobilisierten.